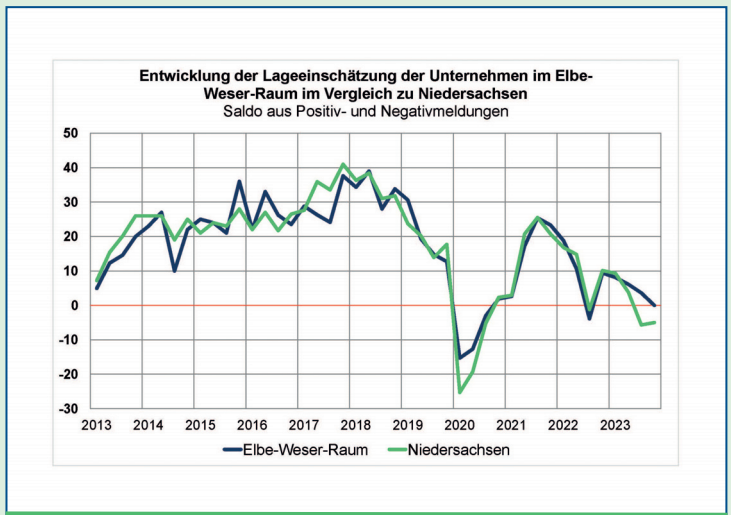
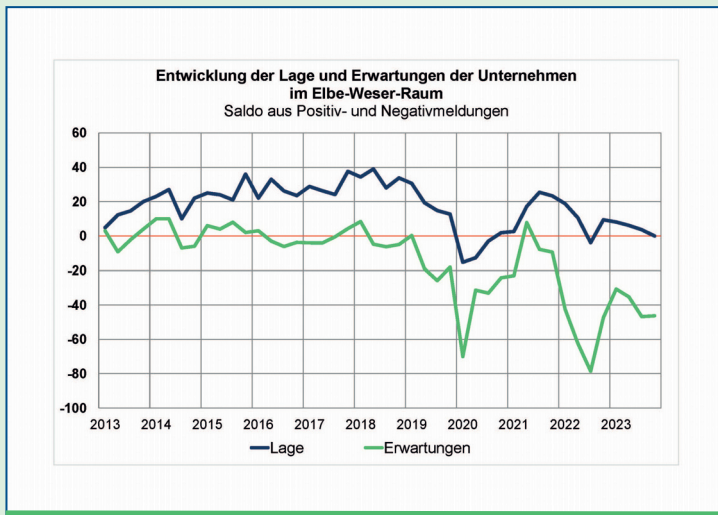


KONJUNKTURBERICHT

ELBE-WESER

4. Quartal
2023



Politikverdrossenheit in der Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum befindet sich zum Jahresende 2023 weiter auf Talfahrt. In der Industrie nimmt der Auftragsbestand ab, ebenso im Baugewerbe. Eine geringe Konsumneigung und gesunkene Umsätze treffen den Einzelhandel. Das Gastgewerbe rechnet mit steigenden Verkaufspreisen. Positive Signale kommen hingegen von den Kreditinstituten.

Branchenübergreifend gibt die Lageeinschätzung im Vergleich zum Vorquartal erneut nach, ist aber insgesamt noch zufriedenstellend. 20 Prozent (zuvor: 24 Prozent) bewerten ihre Geschäftslage als gut. Ebenso viele nehmen eine gegenteilige Einschätzung vor. Sechs von zehn Unternehmen (zuvor: 55 Prozent) sprechen von einem saisonüblichen Quartalsverlauf. Positiv ist, dass die Mehrheit der Unternehmen (74 Prozent) trotz der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung über eine unproblematische Finanzlage verfügt.

Der Ausblick auf die kommenden Monate bleibt pessimistisch. Der Anteil derjenigen Unternehmen, die von einer eher ungünstigeren Entwicklung ausgehen, fällt zwar leicht von 55 auf 52 Prozent. Allerdings wird eine positivere Geschäftsentwicklung nur von fünf Prozent (zuvor: acht Prozent) erwartet. →

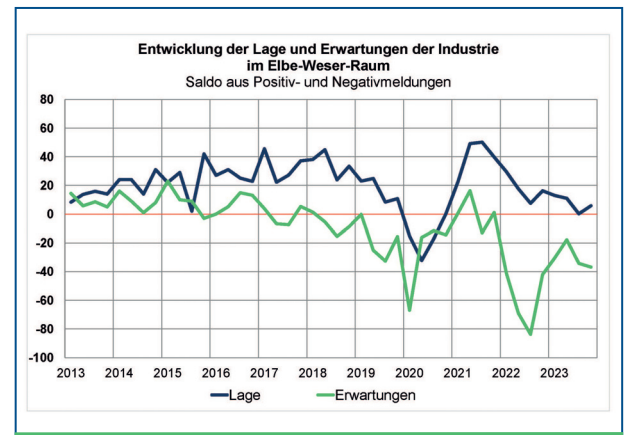
Die Geschäftsrisiken aus Sicht der Betriebe zeigen die vielfachen Belastungsproben. Neben den Energie- und Rohstoffpreisen (64 Prozent) und dem Fachkräftemangel (62 Prozent) bereiten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (63 Prozent) den Unternehmen große Sorgen. Sie kritisieren die überhasteten Entscheidungen der Politik, die oftmals ohne Konstanz sind. Dadurch wird den Betrieben nicht nur jegliche Planungssicherheit genommen, sondern auch Vertrauen verspielt. Zudem hemmen eine Vielzahl an bürokratischen Vorschriften, langwierige Genehmigungsverfahren und ein reformbedürftiges Steuersystem wirtschaftliches Handeln.

Die Investitionsabsichten der Unternehmen nehmen zu. Während 33 Prozent (zuvor: 21 Prozent) ihre Ausgaben erhöhen wollen, planen wie im Vorquartal 36 Prozent, ihre Investitionen zu verringern. In erster Linie werden mit den Investitionen Ersatzbedarfe realisiert.

Im Elbe-Weser-Raum hat sich der Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre fortgesetzt. wengleich der Zuwachs im Jahr 2023 nur minimal ausgefallen ist. Zum Stichtag 30.06.2023 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) sind nach Angaben der Agentur für Arbeit 259.380 Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen, 0,4 Prozent mehr als Ende Juni 2022. Zuwächse hat es im Elbe-Weser-Raum insbesondere bei der Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgungswirtschaft als auch bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen gegeben. Im verarbeitenden Gewerbe sowie im Transportgewerbe sind die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Rückgänge hat es hingegen im Bereich der Unternehmensdienstleistungen gegeben.

Bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ist der Anstieg branchenübergreifend mit 2,1 Prozent stärker ausgefallen. Zum Stichtag 30.06.2023 bestanden 77.166 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem der Bereich Verkehr und Lagerei sowie das Gastgewerbe konnten überdurchschnittlich zulegen. Trotz des Zuwachses liegt die Gesamtzahl aber weiterhin unter dem Vorkrisenniveau von 2019 (77.786).

Auf dem Arbeitsmarkt machen sich immer mehr die vielfältigen Herausforderungen bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt 2023 waren im Elbe-Weser-Raum 21.320



Personen arbeitslos gemeldet, rund 2.000 Menschen mehr als im Vorkrisenjahr 2019. Ferner haben die Beschäftigungspläne der Unternehmen deutlich abgenommen. Bei den regionalen Arbeitsagenturen sind zum Jahresende 2023 rund 6.500 offene Stellen gemeldet. Damit wird deutlich, dass zwar neues Personal gesucht wird, allerdings hat der Bestand nach einem Höchststand im Januar 2021 (ca. 9.100 offene Stellen) beständig abgenommen.

Die Personalpläne der Unternehmen deuten nicht darauf hin, dass in den kommenden Monaten mit erheblichen Beschäftigungszuwächsen zu rechnen ist. In der aktuellen Situation halten sich die Betriebe bei den Einstellungen zurück. Wie im Vorquartal wollen knapp zwei Drittel ihren Personalbestand in den kommenden Monaten eher stabil halten.

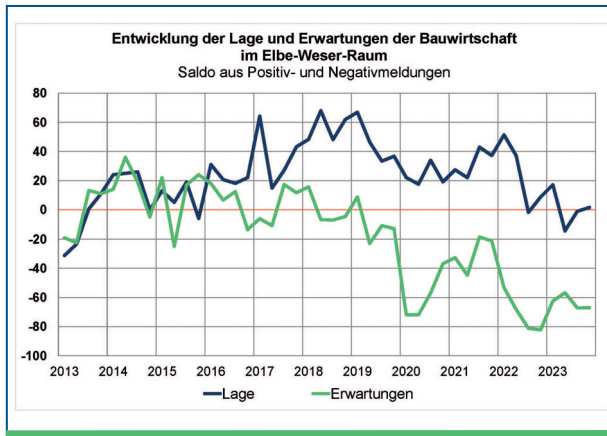
Industrie

→ Im verarbeitenden Gewerbe ist die Mehrheit der Unternehmen mit dem IV. Quartal zufrieden (64 Prozent; zuvor: 55 Prozent). Etwas mehr als jeder fünfte Betrieb bewertet seine Geschäftslage als gut, 15 Prozent (zuvor: 22 Prozent) hingegen als schlecht.

Die Auftragseingänge sind weiterhin rückläufig. Knapp vier von zehn Unternehmen haben Einbußen auf den Auslandsmärkten. Die Bestellungen aus dem Inland sind per Saldo ebenfalls rückläufig, allerdings nicht mehr so stark wie im Vorquartal.

Der Auftragsbestand nimmt erneut ab, bleibt mehrheitlich aber noch auf einem ausreichenden Niveau. Bei knapp sechs von zehn Unternehmen ist dieser saisonüblich (58 Prozent; zuvor: 54 Prozent). Der Anteil

BAUWIRTSCHAFT



der Betriebe, die von einem verhältnismäßig hohen Bestand sprechen, geht erneut zurück (zwölf Prozent; zuvor: 14 Prozent). Demgegenüber beklagt fast jeder dritte Betrieb Prozent (30 Prozent; zuvor: 32 Prozent) einen zu kleinen Auftragsbestand.

Die Erwartungshaltung des verarbeitenden Gewerbes ist weiterhin pessimistisch. Während zwölf Prozent (zuvor: elf Prozent) eine eher günstigere Geschäftsentwicklung erwarten, nehmen 48 Prozent (zuvor: 46 Prozent) eine gegenteilige Einschätzung vor. Zwar verbessert sich das erwartete Exportgeschäft, dennoch wird die künftige Umsatzentwicklung wird von den Betrieben unterm Strich negativ gesehen.

Aus Sicht der Betriebe sind die Energie- und Rohstoffpreise (68 Prozent) das größte Risiko für die künftige Geschäftsentwicklung, gefolgt vom Fachkräftemangel (65 Prozent) und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (63 Prozent). Die Unternehmen kritisieren die Bürokratiebelastung und mangelnde Planungssicherheit aufgrund der politischen Entscheidungen. Darüber hinaus attestieren sie dem Standort Deutschland ein Kostenproblem.

Baugewerbe

→ Im Baugewerbe bleibt die Situation angespannt. Während 15 Prozent (zuvor: 23 Prozent) die Geschäftslage als schlecht bewerten, nehmen 17 Prozent (zuvor: 22 Prozent) eine gegenteilige Einschätzung vor. Zwei Drittel (zuvor: 55 Prozent) der Betriebe sprechen von einem befriedigenden Quartalsverlauf.

Während die Auftragseingänge bei 19 Prozent (zuvor: neun Prozent) gestiegen sind, sind diese bei 34 Pro-

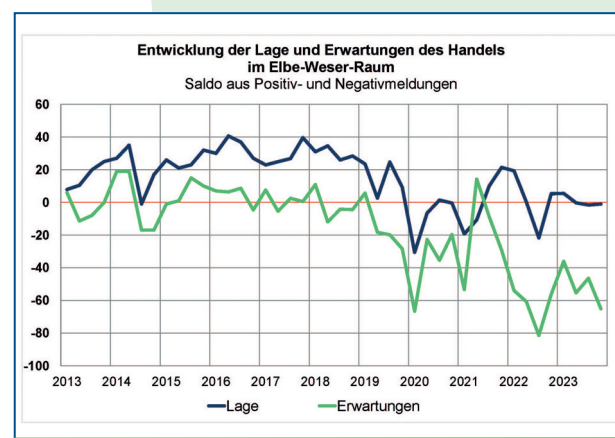
zent (zuvor: 68 Prozent) gefallen. 47 Prozent verzeichnen einen gleichbleibenden Auftragseingang. Der Auftragsbestand nimmt erneut ab. Während 38 Prozent der Unternehmen (Vorjahr: 46 Prozent) eine Reichweite von vier und mehr Monate haben, beträgt diese bei einem Viertel (Vorjahr: 14 Prozent) lediglich einen Monat.

Der Ausblick auf die kommenden Monate ist weiterhin pessimistisch. Nur wenige Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung der künftigen Geschäftslage (zwei Prozent). Knapp sieben von zehn Betrieben gehen hingegen von einer eher schlechteren Entwicklung aus. Die Rahmenbedingungen für den Haus- und Wohnungsbau bleiben ungünstig. Hohe Baukosten sowie ein höheres Zinsniveau belasten die Nachfrage nach Bauleistungen. Hinzu kommen fehlende Anreize, langwierige Genehmigungsverfahren sowie eine Wohnungsbaupolitik, die fortdauernd zu einer Verunsicherung von Investoren und privaten Bauherren führt.

Handel

→ Eine geringe Konsumneigung und rückläufige Umsätze belasten den Einzelhandel. Die Ertragslage hat sich verschlechtert. Kein Betrieb des Facheinzelhandels bewertet die gegenwärtige Geschäftslage als gut. Insgesamt spricht nur jeder zehnte Einzelhändler (zuvor: zwölf Prozent) von einer guten Lage, knapp jeder dritte (zuvor: 26 Prozent) ist hingegen unzufrieden. Der Groß- und Außenhandel kann bei seiner Lageein-

HANDEL



schätzung leicht zulegen. 27 Prozent (zuvor: 24 Prozent) bewerten die gegenwärtige Situation als gut, 59 Prozent sind zufrieden.

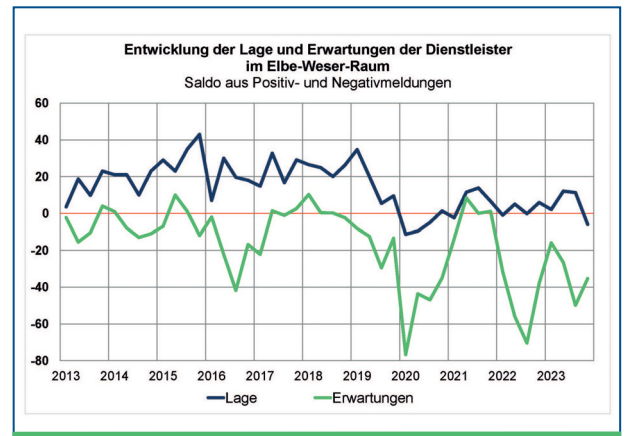
Der Blick auf die kommenden Monate ist weder im Einzel- noch im Großhandel von Optimismus geprägt. Während zwei Drittel (zuvor: 55 Prozent) mit einem eher schlechteren Geschäftsverlauf rechnen, gehen 34 Prozent von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Kaum ein Handelsbetrieb rechnet mit einer Verbesserung.

Die Inflationsrate geht zwar zurück, aber noch immer halten sich Privatpersonen mit ihren Ausgaben zurück. Unterm Strich rechnen die Einzelhändler mit fallenden Umsätzen in den kommenden Monaten. Im Großhandel sind die Erwartungen bezüglich des künftigen Beförderungsvolumens ebenfalls eher negativ. Das größte Risiko für die Geschäftsentwicklung sehen die Großhändler in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Dienstleistung

→ Positive Signale kommen von den Banken. Das Gastgewerbe ist mit dem Quartalsverlauf überwiegend zufrieden. Eher durchwachsen ist die Lage hingegen im Verkehrsgewerbe sowie in der Medienwirtschaft und IT. Insgesamt nimmt die Lageeinschätzung im Dienstleistungssektor ab. 20 Prozent (zuvor: 31 Prozent) der Betriebe bewerten ihre gegenwärtige Situation als gut, 26 Prozent (zuvor: 20 Prozent) sind unzufrieden.

Dienstleistungen



Die Einschätzung für die kommenden Monate bleibt per Saldo negativ. Nur wenige Unternehmen (vier Prozent) rechnen mit einer Verbesserung. Während 58 Prozent (zuvor: 37 Prozent) von einer eher gleichbleibenden Geschäftslage ausgehen, erwarten knapp vier von zehn Betriebe (zuvor: 57 Prozent) eine eher ungünstigere Entwicklung.

Sorgen bereiten den Dienstleistern der Fachkräftemangel (69 Prozent), die Arbeitskosten (63 Prozent), die Energiepreise (64 Prozent) sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (74 Prozent). Die Unternehmen kritisieren die unklare politische Entwicklung.

Die Seeschifffahrt ist seit Januar 2024 in den europäischen CO₂-Zertifikatehandel eingebunden. Das erhöht nicht nur die Transportkosten, sondern zwingt die Unternehmen zu Investitionen in alternative Kraftstoffe. Im Straßengüterverkehr rechnen über 90 Prozent der Betriebe mit höheren Preisen für Beförderung und Logistik – nicht zuletzt aufgrund der Maut-Erhöhung. Hohe Arbeitskosten und die Umsatzsteueranhebung werden auch im Gastgewerbe zu steigenden Preisen führen.



www.ihk.de/stade/konjunktur

IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Am Schäferstieg 2 | 21680 Stade

Telefon: 04141 524-0

E-Mail: info@stade.ihk.de

Internet: www.ihk.de/stade

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Stade:

Henrik Gerken

Volkswirtschaft, Industrie, Wirtschaftspolitik

Telefon: 04141 524-285

E-Mail: henrik.gerken@stade.ihk.de